

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 96 (2016)
Heft: 1034

Artikel: Ans Eingemachte
Autor: Lebedew, Sergej
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736278>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ans Eingemachte

Russische Schriftsteller wissen, was politische Zensur bedeutet. Das gilt nicht nur für die Klassiker, sondern auch für ihre Nachkommen. Eine neue Generation sagt nun offen: die Erinnerung an die totalitäre Vergangenheit hilft, eine totalitäre Zukunft zu verhindern. Das allein reicht aber nicht.

von Sergej Lebedew

Als jemand, der zehn Jahre vor dem Zerfall der UdSSR geboren wurde, erinnere ich mich gut an diese letzte sowjetische Dekade. Freilich sind es Erinnerungen eines Kindes, es ist der «Blick unter der Tischkante hervor», aber das macht sie interessant. Ohne das Verständnis der Mechanismen und vor allem der Stimmungen und Gefühle, die hinter der Perestroika standen, sind die Ereignisse im heutigen Russland nur schwer zu begreifen.

Meine Grossmutter, die als Redakteurin im Verlag für Politische Literatur des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei arbeitete, wo Geschichte retuschiert und Ideologie «fabriziert» wurde, hatte viele Verwandte durch die Verhaftungen der dreißiger Jahre verloren. Sie erklärte mir oft, dass ich im Kindergarten nichts von dem erzählen solle, was ich zu Hause gehört hatte. Sie war die Erste, die mich dieses Doppel Leben lehrte, das wahrscheinlich alle Sowjetbürger führten.

Ich erinnere mich, wie es bei Tischrunden mit den Geologenfreunden meiner Eltern immer zu dem Moment kam, in dem wir Kinder in ein weit entferntes Zimmer zum Spielen geschickt wurden. Nicht, weil wir sie gestört hätten: Die Erwachsenen mussten über die Bücher des Samisdat, über die Bücher der Vergangenheit sprechen – viele von ihnen hatten ihr Berufsleben in jener Zeit begonnen, als die Gulags noch aktiv gewesen waren. Ich erinnere mich, wie ich scheinbar zufällig in die Küche oder zur Toilette ging, um wenigstens Fetzen ihres Gesprächs aufzuschnappen.

Und ich erinnere mich, wie sich die Familie 1988 oder 1989 jede Woche um den Tisch versammelte, wenn der Postbote die Zeitschrift «Ogonjok» brachte, die man ironisch als «Sprachrohr der Perestroika» bezeichnete.

Jede Ausgabe schien die Mauern des Schweigens auseinanderzuschieben. Die Artikel überschlugen sich: über die Erschiesungen sowjetischer Heerführer 1937, über die Folgen der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl, über die tatsächlichen Verluste unserer Truppen in Afghanistan, über das Leben in der UdSSR selbst – es war ärmlich, schrecklich und nahm allen die Luft.

Die Erwachsenen unterhielten sich wenig über das Gelesene; meist seufzten oder stöhnten sie – und jede neue Ausgabe war für sie wie eine Droge, eine Bestätigung, dass das Schweigen endgültig vorbei ist.

Sergej Lebedew

ist russischer Schriftsteller und Journalist. Er entstammt einer Geologenfamilie und besserte sich früher sein Taschengeld auf, indem er in alten Minen nach Kristallen suchte. Dabei fand er Spuren der Gulags: sein Interesse an der sowjetischen Vergangenheit wurde somit ganz konkret greifbar. Zuletzt von ihm erschienen: «Menschen im August» (übersetzt von Franziska Zwerp, S. Fischer, 2015).

In Vorbereitung auf meinen Roman über die 90er Jahre in Russland und die Rückkehr der Macht des KGB las ich noch einmal die archivierten Zeitungen und Zeitschriften von Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre. Darunter war vor allem jene Zeitschrift «Ogonjok» mit ihrer Millionenauflage, die ich auf der Wachstuchdecke unseres Küchentischs hatte liegen gesehen.

Was erkannte ich durch den retrospektiven Blick?

Einerseits war da die triumphierende, berauscheinende Freiheit des Wortes. Eine Publikationsschwemme über die geheimgehaltene Vergangenheit der UdSSR. Eine gewaltige Anstrengung, die Erinnerungen zurückzuholen, sich mit den Problemen der Gegenwart auseinanderzusetzen.

Doch andererseits hatte ich das Gefühl, das alles sei fatal naiv und infantil. Die Menschen hatten das erste Mal die Möglichkeit, über die Wahrheit zu schreiben, und sie meinten, die Wahrheit sei die treibende Kraft von Geschichte und Politik, man müsse sie nur aussprechen, und schon würde sie wie im Märchen alles richtigstellen, verändern und für eine bessere Zukunft sorgen.

Journalisten und Publizisten überschlugen sich in ihrer Offenheit, alle versuchten sich hinsichtlich der Vergangenheit als Propheten zu zeigen und mit ihrem «Wort die Menschenherzen zu durchglühen» (Puschkin). Niemand dachte im Taumel dieser Schwülstigkeit über prosaische, gar unappetitliche Dinge nach: dass die Freiheit des Wortes institutionalisiert werden musste. Die Erinnerung an die Vergangenheit darf nicht nur der Wiederherstellung der moralischen Gerechtigkeit, der Rehabilitation unschuldig Verurteilter dienen, sondern muss auch garantieren, dass sich diese Vergangenheit nicht wiederholt und der totalitäre Staat, der die Freiheit des Wortes immer als erste zerstört, sich nicht erneuert.



Sergej Lebedew, photographiert von James Hill. 71

«Die Erinnerung an die Vergangenheit darf nicht nur der Wiederherstellung der moralischen Gerechtigkeit, der Rehabilitation unschuldig Verurteilter dienen, sondern muss auch garantieren, dass sich diese Vergangenheit nicht wiederholt und der totalitäre Staat, der die Freiheit des Wortes immer als erste zerstört, sich nicht erneuert.»

Sergej Lebedew

Damit die Erinnerung an die Vergangenheit das garantieren kann, muss man sie unbedingt institutionalisieren und ihr bestimmte Formen geben: juristische und vor allem politische.

Aber mir scheint, dass die Gesellschaft in dem Segment, das seinerzeit die Perestroika unterstützte, vom sowjetischen historischen Materialismus zu einer geradezu mystischen Ausrichtung wechselte: Die Geschichte ist auf unserer Seite, diesmal haben wir den *wahren* Weg gewählt, und allein diese Wahl ist die beste Garantie für den endgültigen Bruch mit dem sowjetischen Erbe.

Die Archive wurden teilweise geöffnet, aber niemand dachte an gesetzlich festzuschreibende Garantien ihrer Zugänglichkeit auch in der Zukunft. Journalisten waren frei, aber niemand dachte an die Schaffung einer neuen, demokratischen Gewerkschaft. Die sowjetische Vergangenheit wurde publizistisch, aber nicht juristisch gebrandmarkt.

Deswegen war es für Wladimir Putin auch so einfach, alles zurückzugewinnen. Ich gebe mich keinen Illusionen hin: Putins Staat wäre auch mit gesellschaftlichen Instanzen und gesetzlichen Normen fertig geworden. Vielleicht wäre sein Staat aber auch gar nicht entstanden, wenn diese Instanzen und Normen rechtzeitig Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre geschaffen worden wären.

Mir scheint, dass aus den oben genannten Gründen die Freiheit des Wortes in Russland mit Beginn der neosowjetischen Revanche

und Wladimir Putins erster Präsidentschaft zum Scheitern verurteilt war. Genau zu diesem Zeitpunkt trat ein trauriges Paradox zum Vorschein: Die Medien haben kein anderes Instrument zur Verteidigung der Freiheit des Wortes als diese Freiheit selbst.

Dieses Paradox ist näher zu erklären.

Im sowjetischen System, in dem alle Medien dem Staat gehörten, sorgte der Journalismus (insbesondere an der Basis) für den Ausgleich der sozialen Gerechtigkeit.

Wenn jemand an die Zeitung einen Brief mit einer Beschwerde über den Ersten Sekretär des Gebietskomitees der Partei schrieb, dann konnte das mit seiner Entlassung, Einweisung in die Psychiatrie, der Zerstörung seines Lebens enden.

Aber eine Beschwerde über den unmittelbaren Vorgesetzten oder über den Verkaufsstellenleiter in der Nachbarschaft konnte genau das Gegenteil bewirken: eine symbolische «journalistische Nachforschung», eine Amtsenthebung – wenn die Beschwerde ideologisch korrekt abgefasst war, sich in den Kontext irgendeiner öffentlichen Kampagne fügte und wenn der, gegen den die Beschwerde eingelegt wurde, sich am verborgenen Kampf der administrativen Clans beteiligte.

Zwölf Jahre habe ich als stellvertretender Chefredakteur in einem Schulverlag gearbeitet, einer Zeitung für Pädagogen (von denen es in Russland mehr als eine Million gibt). Ich habe die gesamte

Leserpost gesichtet – es waren Hunderte, Tausende Briefe. Und alle diese Briefschreiber erwarteten von unserer Zeitung einen Ausgleich der sozialen Gerechtigkeit. Nicht mehr und nicht weniger.

Oft hatten die Menschen keine Ahnung, was unabhängige Medien überhaupt sind, sie waren sich sicher, dass wir zum Staatsapparat gehören, einen Bericht an den Bildungsminister schreiben können und so weiter.

In diesem Sinne waren die Leser nicht am freien Wort als Waffe im Kampf für ihre Rechte interessiert. Im Gegenteil, sie waren an einer Regierungsnähe unserer Zeitung interessiert – damit wir die Rolle ihrer Verteidiger erfüllen könnten, indem wir aus dem Inneren des staatlichen Systems wirken, ohne es zu kritisieren.

Im Grunde war unsere Zeitung für viele ein weiterer Vorgesetzter, eine Art Staatsanwalt oder öffentlicher Ankläger, der in das System der administrativen Gewalt integriert ist und mit administrativen Methoden vorgehen kann.

Warum nur sahen unsere Leser in der Freiheit des Wortes immer eine direkte Gefahr? Weil die Freiheit des Wortes in den grundlegenden Garantien der Rechte und Freiheiten der Bürger verankert sein muss, die in erster Linie von einer unabhängigen Justiz gewährleistet werden.

Was fanden unsere Leser in der Realität vor? Eine verstaatlichte Gewerkschaft. Ein nichtreformiertes System von Beschäftigungsverhältnissen, das eine totale Abhängigkeit von der Obrigkeit hervorbrachte. Und, wie alle anderen Bürger auch, eine servile Justiz, innerhalb derer man unmöglich seine Rechte behaupten konnte und die immer auf Seiten der Machthaber stehen würde.

Selbstverständlich sehen Menschen unter solchen Bedingungen die Freiheit des Wortes als Gefahr, denn allein ein kritischer Artikel, in dem man als Held beschrieben wird, konnte einem unweigerlich das Leben zerstören. Und so blieb einem nur der Glaube an eine höhere *moralische Kraft* des Wortes, was sich durchaus in die Traditionen der klassischen russischen Literatur und der sowjetischen Erziehung fügte.

Eigentlich gingen auch die Medien in diese Falle. Für die Journalisten bedeutete das Fehlen institutionalisierter Garantien, vor allem einer unabhängigen Justiz, dass die Ergebenheit gegenüber dem Prinzip des freien Wortes einer Art moralischer Selbstlosigkeit gleichkam, die ausserdem ein erhebliches persönliches Risiko barg; man denke nur an den Auftragsmord an Anna Politkowskaja.

Ausserdem schränkten das Verschwinden (oder die chronische Dysfunktion) einer unabhängigen Rechtsprechung sowie der antidemokratische Charakter der Machtinstanzen die Freiheit des Wortes ein. Wenn journalistisch recherchierte Fakten nie und nimmer zu einer Strafverfolgung, einer parlamentarischen Untersuchung führen, dann arbeitet das freie Wort gleichsam im Leerlauf und ruft in der Gesellschaft emotionale Ermüdung hervor, die in der Einstellung «Man kann sowieso nichts ändern» ihren Ausdruck findet.

Aus den erwähnten 80er Jahren erinnere ich mich an die Huldigung, die die Erwachsenen den Büchern des Samisdat entgegenbrachten, also jener russischen Literatur, die in der sowjetischen Zeit verboten war und nun auf einmal in grossen Auflagen erschien. Aber die 90er Jahre waren in historischem Sinne nicht mehr als ein Augenblick. Genres, die man früher, in sowjetischer und vorsowjetischer Zeit, für spießig und trivial gehalten hatte, betraten nun die kulturelle Bühne: Krimis, Liebesromane, Thriller, Fantasy.

Die klassische russische Literatur konnte es nicht mit dem Schock aufnehmen, den die Gesellschaft in den 90er Jahren erlitten hatte, ihr fehlte es an den dafür notwendigen Ideen und Metaphern. Deswegen wurde sie verdrängt, von den oben erwähnten Genres ersetzt. Diese wiederum waren beim Verständnis der neuen Realität hilfreich, schufen eigene Helden und Antihelden und übten eine therapeutische Funktion aus, indem sie das zerstörte Gefühl der Gemeinschaftlichkeit von Problemen und Erlebnissen wiederherstellten oder gar – wie die Fantasy-Literatur – von der Realität wegführten.

Anzeige

Natur KONKRET

Kuh-, Schweine- oder Hühnerinvestment
Noch nie schmeckte Ihnen Ihr Investment so gut!

Natur Konkret - Guido Leutenegger
Tel. 071 660 10 70
www.natur-konkret.ch

Eine "Aktie" namens Lotti...

NEU
Jetzt mit GPS die Aktienbewegungen prüfen

Diese Genres wurden sowohl von der Literaturkritik als auch von Kulturwissenschaftern und Schriftstellern «vornehm übersehen», weil sie sie geringschätzten und nur darüber trauerten, dass das Volk so versessen auf die minderwertigen Büchlein war. Hier jedoch erfolgte die eigentliche Reflexion dessen, was damals auf der Tagesordnung stand: die soziale Spaltung, die Kriminalisierung, das Entstehen von Privateigentum, die tschetschenischen Kriege und so weiter. Es waren ausgerechnet diese Werke, die die Realität ordneten und als Reaktion auf die gesellschaftliche Nachfrage die Gestalt des unbestechlichen Offiziers der Miliz oder des FSB schufen, der im Alleingang Verbrechern, Oligarchen und bestechlichen Beamten Widerstand leistet. In dieser Gestalt erkennt man mühelos den künstlerischen Prototyp des künftigen Präsidenten Wladimir Putin.

Diese Literatur traf hinsichtlich der Freiheit des Wortes auf keinerlei Einschränkungen. Viele jedoch, vor allem Vertreter der älteren Generationen, wollten die Rückkehr der Zensur und beschuldigten die Bestsellerautoren der Gewalt- und Geldverherrlichung sowie einer übertriebenen Freizügigkeit in der Beschreibung von Sexszenen. Die «hohe» Literatur hingegen wurde nur durch die Gesetze des Marktes censiert, wenn man das so sagen kann. Namen von Autoren wie Wladimir Sorokin oder Viktor Pelewin, die es riskierten, sich an ihrer Gegenwart abzuarbeiten und sie umzudeuten, wenn auch in Phantasmagorien oder Grotesken, sind Solitäre unter Dutzenden von Schriftstellernamen, die ausserhalb von Fachkreisen kaum jemand kennt.

Dadurch hatte zu Beginn der Ära Putin die Literatur ihren Status als Herrscherin über die Geister bereits verloren. Und sie erlangte diesen Status nie wieder zurück.

Wie «von selbst» tauchten neue «blinde Flecken», neue Zonen des Schweigens auf: die tschetschenischen Kriege, der Terrorismus, die Regierungspolitik. Die Schriftsteller vermieden solche Themen einfach, weil ein Schriftsteller nicht verpflichtet ist, über etwas Konkretes zu schreiben. Als Künstler ist er frei, sich ein Thema zu wählen oder von ihm gewählt zu werden, es herrscht das Prinzip der künstlerischen Freiheit, so dass es zwar viele Bücher gibt, aber zugespitzte künstlerische Aussagen kaum mehr als null.

Es ist traurige Ironie, aber genau darin besteht die Freiheit des Wortes. Freiheit impliziert schliesslich auch die Möglichkeit eines Verzichts auf sie.

Im weiteren wirken dann die Gesetze des Gruppenzwangs: Wenn niemand sich aus dem Fenster lehnt, dann wirkt ein vereinzelter Versuch wie eine Provokation, wie eine politische Geste. Und ich meine, dass die Schriftsteller selbst angefangen haben, sich unbemerkt Grenzen zu setzen, sich bereits im Stadium einer künstlerischen Idee selbst zu censieren.

Nicht zufällig sind die beiden aus meiner Sicht wichtigsten Bücher der gesamten postsowjetischen russischsprachigen Literatur, die sich mit den Traumata der postsowjetischen Zeit befassen – «Tschetschenien: Die Wahrheit über den Krieg» von Anna Politowskaja und «Secondhand-Zeit» von Swetlana Alexijewitsch –, im Genre der dokumentarischen Prosa verfasst. Sie

wurden von Autoren geschrieben, zu deren vielzähligen Stärken Furchtlosigkeit, Bereitschaft zur Unangepasstheit sowie der Wunsch gehören, denen eine Stimme zu geben, die Alexijewitsch als «verstummte Zeugen» bezeichnet.

Dem ist noch hinzuzufügen, dass bei der Wahl der Werke der russischen Literatur für den Druck heute ganz offensichtlich wirtschaftliche Mechanismen wirken. Das, wofür man in der Sowjetunion einen gigantischen Apparat von Zensoren brauchte, regelt heute allein der Markt, indem er dem Gesetz von Angebot und Nachfrage gehorcht. Wenn die Gesellschaft vom Staat angeregte Revanchegelüste für die Niederlage im Kalten Krieg hegt, wenn es bereits einen Putin-Kult gibt und die staatliche Propaganda aus allen Kräften eine feindselige Stimmung gegenüber der Ukraine und dem Westen schürt, wäre es naiv anzunehmen, dass Bücher mit einer Gegenposition sich grosser Nachfrage erfreuen können.

Damals, Anfang der 2000er Jahre, standen in den Regalen der Buchläden ernsthafte Analysen der sowjetischen Geschichte. Heute finden sich dort Bücher mit rot-braunen Einbänden, die Stalin und Berija verherrlichen. Und hierbei spielt der Staat nur eine indirekte Rolle, niemand schreibt den Verlagen einen Plan vor, niemand befiehlt ihnen, den Tyrannen zu loben. Es ist einfach eine gutverkäufliche Ware.

Selbstverständlich gibt es für besonders Begriffsstutzige auch Warnflaggen. Als unser sogenanntes Parlament das Gesetz über das Verbot «homosexueller Propaganda» verabschiedete, die hierbei höchst verschwommen definiert wurde, hatte ich am folgenden Tag ein Gespräch mit einer Lektorin über meinen neuen Roman.

Die Lektorin riet mir sanft, aber nachdrücklich, aus meinem Roman die Geschichte über die Freundschaft zweier Jungs zu entfernen; «darin gibt es eine zu starke homoerotische Atmosphäre». Ihre Befürchtungen waren durchaus vernünftig: Eine juristische Person kann wegen «homosexueller Propaganda» entweder zu einer Strafe in Höhe von einer Million Rubel verurteilt werden, was viel mehr ist als der zu erwartende Gewinn aus dem Verkauf des Buches, oder zu einer Aussetzung ihrer Tätigkeit für die Dauer von 90 Tagen.

Verleger sichern sich deswegen einfach ab, verringern mögliche Risiken. Ein Schriftsteller wiederum muss wissen, dass die Wahl eines bestimmten Themas oder zugespitzte politische Formulierungen seinem Buch das Leben schwer machen können. Niemand wird ihm ein direktes «Nein» sagen, sondern man beruft sich auf den unpassenden Stil und die Auslastung des redaktionellen Portfolios. Die Chance, ein klares «Ja» zu hören, wird hingegen sehr gering sein. Soweit ich es verstehe, betrifft das nicht die bekannten Autoren wie Sorokin, sie sind gewissermassen durch ihren bereits erworbenen Ruf geschützt. Doch für neue Autoren gestaltet sich die Verlagspolitik aus meiner Sicht anders.

Daher kann man sagen, dass im Fall der Literatur die Freiheit des Wortes noch existiert; die praktische Frage indes besteht darin, wie viele Menschen dieses Wort lesen und hören werden. ◀

Aus dem Russischen übersetzt von Franziska Zwerg.